



Samstag, 31. Januar 2026, 15:59 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Von Grönland bis zum Mars

Die Welt wird gerade radikal umgewälzt. Auf der Nordmeer-Insel sollen die feuchten Träume der Superreichen Wirklichkeit werden. Es geht um Privatstädte und Sonderwirtschaftszonen.

von Hermann Ploppa
Foto: photo-lime/Shutterstock.com

Der öffentliche Raum gehört allen. Die Plebs kann ihn

ebenso betreten wie der reichste Mann der Welt. Und genau das ist es, was bestimmte „Eliten“ nicht mehr länger hinnehmen wollen. Gesetze, die nicht von ihnen selbst, sondern von gewählten Vertretern der Majorität bestimmt werden, der Zwang zur Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl, Umverteilung zugunsten der Schwächeren: Schnee von gestern. Elitär sein bedeutet, Unwürdige ausschließen, ja aussperren zu können. Reichen-Ghettos, „Gated Communities“ haben es vorgemacht. Der Trend der Zukunft heißt: ein Staat von Reichen, für Reiche, nach den Regeln von Reichen. Dazu ist es nicht einmal mehr notwendig, dass ein Staatsgebilde an ein geografisches Territorium gebunden ist. Es kann sich auch um ein überwiegend virtuelles Konstrukt handeln. Da man gewöhnliche Menschen ohnehin eher verachtet, bieten sich auch weitgehend menschenleere Gebiete wie das derzeit umkämpfte Grönland als neue Wohnstatt an. Oder man muss in den Weltraum ausweichen, wo soziale Apartheid ungestört praktiziert werden könnte.

Auch beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos hat US-Präsident

Donald Trump bekräftigt, dass er „Grönland unbedingt haben muss“. Denn wenn die USA nicht ihren Golden Dome auch über Grönland aufspannen können, dann werden, so Trump, die bösen Chinesen und Russen die Insel unweigerlich kontrollieren. Trump: Nur das, was man tatsächlich besitzt, will man auch wirklich verteidigen! (1)

Zweifelsohne hat Trump auch geopolitische Ambitionen für die größte Insel der Welt. Die Begehrlichkeit der westlichen Wertegemeinschaft wird sichtbar an der gewachsenen Zahl an

Militäroperationen der NATO im Polarmeer. Der immer wieder geleugnete Klimawandel führt dazu, dass das Polareis schmilzt. Damit könnten Schiffe von Rotterdam über das Polarmeer direkt nach Shanghai fahren. Zudem macht die Permafrostschmelze es möglich, noch mehr Bodenschätze zu bergen.

In der Tat läuft den Investoren schon das Wasser im Mund zusammen: Seltene Erden oder Öl liegen unter den Gletschern von Grönland. Und der Milliardenerbe Ronald Lauder hat sich bereits mit grönländischen Politikern getroffen, um „Luxuswasser“ massenhaft aus Grönland zu beziehen. Das alles ist breit ausdiskutiert worden in den Medien (2).

Das ist alles richtig und wichtig. Wir wollen uns hier aber mit jenen superreichen US-Bürgern beschäftigen, die auf Grönland eine radikal neue Form von Governance, ein völlig neues Konzept von Politik und Verwaltung durchsetzen wollen. Energische Förderer dieses radikalen Konzepts gehören zur Szene der Plattformkapitalisten aus Silicon Valley. Also Männer, die äußerst einträgliche Dienstleistungen auf der Grundlage des Internets vermarkten: Peter Thiel, Marc Andreessen, Elon Musk, Sam Altman, um nur einige zu nennen. Sie alle haben unvorstellbaren Reichtum angehäuft – Elon Musk schickt sich bereits an, der erste Billionär der Weltgeschichte zu werden (3).

Der neueste Bericht von Oxfam dokumentiert eindringlich, welche schamlosen Ausmaße die Diskrepanz zwischen dem Häuflein Superreicher und dem Rest der Menschheit angenommen hat (4). Diese Superreichen, und besonders die Gruppe der neureichen Plattformkapitalisten, die man auch als „PayPal“-Mafia zu titulieren pflegt, will ihren obszönen Reichtum nicht mit dem Rest der Menschheit teilen.

Sie träumen davon, Staaten ganz abzuschaffen. Und stattdessen

komplett privatwirtschaftlich geführte Städte und Regionen aufzubauen. In diesen Privatstädten sind die Bürger keine Steuerzahler, sondern Anteilseigner. Und die Stadt ist kein für alle offenes Gemeinwesen, sondern eine exklusive Veranstaltung, nur für Individuen, die genug Geld haben, um sich dort einzukaufen. Wem diese Privatstadt nicht gefällt, der kann sich ja sein Einstiegsgeld wieder auszahlen lassen und sich in einer anderen Privatstadt einkaufen. Es gibt in den Privatstädten keinen Bürgermeister, den die Gemeinschaft wählt, sondern einen von den Investoren eingesetzten CEO. Statt eines Stadtkämmerers gibt es einen ebenfalls von oben eingesetzten Geschäftsführer. Steuern werden nicht entrichtet (5).

Die Privatstadt enthält die Elemente der sogenannten Gated Communities, die es schon lange in instabilen Regionen dieser Welt gibt: in Lateinamerika, Afrika oder auch in Asien. Wie mittelalterlich-feudale Städte schützt die Gated Community die Reichen gegen den von ihnen ausgebeuteten verarmten Rest der Gesellschaft.

Zudem enthalten die Privatstädte Elemente der Smart City. Sie sind voll digitalisiert, nutzen Elemente der Künstlichen Intelligenz. Sie erzeugen und nutzen regenerative Energie. Die Insassen dieser Privatstädte sind dennoch nicht zu beneiden. Denn sie unterwerfen sich freiwillig einer hypermodernen, flächendeckenden Überwachung. In diesem goldenen Käfig möchte kein normaler Mensch leben.

Wenig bekannt ist, dass es bereits über zwanzig solcher Privatstädte gibt. Die meisten davon befinden sich in Afrika. Wir erleben gerade eine radikale Umwälzung der Welt, wie wir sie kannten. Die Nationalstaaten werden seit vielen Jahrzehnten bereits von innen her durch marktradikale Politiker in die Verschuldung und die kalkulierte Pleite getrieben. Sparen, Sparen, nochmal Sparen. Bis der Insolvenzverwalter kommt und der Nationalstaat komplett

diskreditiert ist bei den Bürgern. Der Sparwahn reicht hinunter bis in die Niederungen der Kommunalpolitik.

Da diese innere Aushöhlung des Nationalstaates den Superreichen nicht schnell genug geht, fördern sie Privatstädte und Sonderwirtschaftszonen. Eine leere Tafel soll von Grund auf völlig neu beschrieben werden. Und die Trump-Regierung ist jetzt der Vollstrecker dieser weltweiten Enteignung des öffentlichen Raums und der Demokratie. Die skandalöse Planung für den Gaza-Streifen ist hier ein beredtes Beispiel (6). Auf den Leichenbergen von schätzungsweise 70.000 getöteten Palästinensern und einer ethnisch von Palästinensern „gereinigten“ Region soll im Gaza-Streifen eine Sonderwirtschaftszone nach den oben geschilderten Maßgaben entstehen. Trump persönlich will dem jetzt gegründeten „Board of Peace“, also dem „Friedensrat“, als lebenslanger König und CEO vorstehen und nach eigenem neofeudalen Gusto Länder und auch Vorstandmitglieder heuern und feuern.

Der stets transatlantisch gestimmte European Council on Foreign Relations beschreibt die Verfassung dieses sogenannten „Friedensrates“ so:

„Man kann den Board of Peace als ein US-Unternehmen im Besitz von Trump betrachten, mit dem US-Präsidenten als ständigem Vorsitzenden und Mehrheitsaktionär. Laut Satzung des Gremiums gehen alle Entscheidungen und die gesamte Macht von Trump aus, da er ein ihm untergeordnetes Leitungsgremium aus Mitgliedstaaten auswählt und leitet.“ (7)

Es handelt sich hier um nichts weniger als um eine massive Revolution von oben. Staaten, egal was man im Einzelnen von den Leistungen dieser politischen Einheiten halten mag, sind qua Definitionem Sachwalter der Interessen aller ihrer Bürger. Das Konzept des Nationalstaats ist inklusiv. Es nimmt alle

seine Bürger mit. Demgegenüber ist die neue Trump-Weltordnung exklusiv. Sie vertritt nur die Interessen der Besitzenden.

Die anderen Menschen können, mit Verlaub gesagt, sehen, wie sie klar kommen. Der Staat vertritt die Interessen des Gemeinwohls, und das Grundgesetz legt fest, dass alle Bürger an den Errungenschaften der Gemeinschaft teilhaben sollen. Das ist zumindest der Gedanke. Die Konzeption der Privatstädte und Sonderwirtschaftszonen schließt die Mehrheit der Menschen aus.

Die verschiedenen Dialekte der Privatstädte

Privatstadt ist jedoch nicht gleich Privatstadt. In meinem aktuellen Buch „Der Neue Feudalismus“ habe ich drei Arten von Privatstädten begrifflich herausgearbeitet (8):

- 1 Die Experimentalstädte. Zum Beispiel sollen in der vom weltgrößten Autokonzern Toyota am Fuße des Fujiyama gebauten Privatstadt Woven City neue Konzepte menschlicher Mobilität im Freilandlabor ausprobiert werden. Hier wird die Rechtsprechung des Staates Japan nicht außer Kraft gesetzt, und der Yen bleibt reguläre Währung. In Woven City sollen Mobilitätsforscher zusammenleben mit „normalen“ Bürgern.

2 Dann gibt es die von Pragmatikern errichteten Privatstädte. Den Betreibern dieser Privatstädte geht es nicht um die Verwirklichung ideologischer Ambitionen. Es geht einfach darum, auf bislang freiem Grund und Boden ohne Abstriche an Tradition und regionale Gepflogenheiten eine maximal profitable und funktionale Stadt aus dem Nichts zu errichten. Bevorzugt werden Privatstadtgründungen in schwachen Staaten, die wenige Widerworte gegen die Planungen vorzubringen wagen. Die keine politische Macht haben und die womöglich das Privatstadt-Experiment als ihren letzten Strohalm betrachten. Die Firma Rendeavour zum Beispiel firmiert als Afrikas größter Baukonzern. In seinem operativen Stab dominieren Afrikaner. Die Städte, die Rendeavour realisiert, heißen: Tatu City in Kenia, Alaro und Appolonia City beide in Nigeria, King City in Ghana, Kiswishi City im Kongo und Rendeavour Roma Park in Sambia. Wenn auch Rendeavour als afrikanisches Unternehmen firmiert, stecken dahinter tatsächlich US-amerikanische und britische Investoren.

3 Schließlich sind noch zu nennen die Ideologen unter den Privatstadtgründern. Das sind Leute, die der marktradikalen Ideologie von Milton Friedman oder Murray Rothbard anhängen. Der Staat ist für diese Menschen ein Verbrecher, weil er den Tüchtigen im Wege der Besteuerung ihr Geld „stiehlt“ und es unfähigen, unwerten Individuen zukommen lässt. Also schließen sich die „Tüchtigen“ in ihrer Zitadelle ein. Denn sie wollen ihren Reichtum nicht mit dem „dummen Rest“ teilen. Patri Friedman ist der Enkel des berühmten Milton Friedman. Er hat das Seasteading Institute lange Jahre geleitet. Ein Start-Up, das von Peter Thiel finanziert wird. Die Idee: Man baut schwimmende Pontonstädte auf extraterrestrischen Gewässern, wo Nationen keine Zugriffsrechte haben. Bislang wurde jedoch noch nicht eine einzige schwimmende Privatstadt verwirklicht. Insgesamt haben es die ideologisch motivierten Privatstadtbetreiber schwerer. Denn ihre Planungen provozieren die örtliche Bevölkerung. So ist der deutsche Investor Titus Gebel mit seinem Vorhaben, auf den afrikanischen Inseln Principe und Sao Tomé Privatstädte zu bauen, am politischen Widerstand vor Ort gescheitert. Auf der idyllischen Insel Roatan in Honduras ist es dagegen gelungen, die Stadt Prospera gegen den Willen der indigenen Bewohner aus dem Boden zu stampfen. Dagegen gab es Widerstand der honduranischen Regierung. Dieser Widerstand ist jetzt durch ein Regime Change-Manöver von Trump einstweilen gebrochen. Ein neuer Präsident von Trumps Gnaden sichert jetzt das stark neokolonial geprägte Prospera.

Auch auf Grönland haben ideologisch geprägte Privatstadtgründer schon lange ein begehrlisches Auge geworfen. Schon immer hätte man Grönland ausbeuten können. Die Plattformkapitalisten der PayPal-Mafia konnten aber bei der Biden-Administration mit ihrem Anliegen nicht landen. Leute wie Elon Musk, Peter Thiel oder der Investor Marc Andreessen pumpten viel Geld in den Wahlkampf von Donald Trump. Mit ihrem Geld ist Trump nun zum zweiten Mal US-Präsident geworden. Und nun muss er gefälligst liefern, bitteschön.

Wir sehen, er liefert bereits mit dem Board of Peace, der langfristig die UNO ersetzen soll. Er liefert mit der Sonderwirtschaftszone Gaza. Und nun liefert er auch mit Grönland. Die PayPal-Mafia hat ihre Grönland-Ambitionen in dem Start Up-Unternehmen Praxis gebündelt. Chef dieser Firma Praxis ist Dryden Brown. Brown war schon kurz nach dem Wahlsieg von Trump auf Grönland, um diese Polarinsel „zu kaufen“, wie er keck auf X kundtat. Jedes Jahr überweist Dänemark an Grönland eine halbe Milliarde Dollar. Die Oligarchen aus den USA könnten doch dieses Geld aufbringen, und dafür verzichtet Dänemark dann auf die Kontrolle Grönlands. Wäre das nicht ein fairer Deal?

Weder die Grönländer noch die Dänen waren von dieser Idee begeistert, wie Brown beklagte. Um diesen Bestrebungen dennoch Nachdruck zu verleihen, ernannte Trump den PayPal-Mitgründer und Thiel-Vertrauten Ken Howery zum Botschafter der USA in Dänemark. Das Tüpfelchen auf dem „i“ war dann die Ernennung des republikanischen Gouverneurs von Louisiana, Jeff Landry, zum „Sondergesandten“ für Grönland. Landry ließ keinen Zweifel, in welcher Mission er vom feucht-heißen Louisiana zu den Eisbergen wechselt: „Es ist mir eine Ehre, Ihnen [Präsident Trump] in dieser ehrenamtlichen Funktion zu dienen und Grönland zu einem Teil der USA zu machen.“ (9)

Die futuristischen Fantasien der PayPal-Mafia

Kehren wir zurück zu der Firma Praxis. Die meldete im Oktober 2024, sie habe bereits 525 Millionen Dollar eingesammelt für die Besiedlung von Grönland. Viel Geld, aber gewiss nicht genug, um ein so ambitioniertes Projekt wie dieses zu verwirklichen. Das lässt sich aber nach Meinung der Macher des Praxis-Konzepts wettmachen

durch ein radikal neues Verständnis von Staatlichkeit. Das Konzept lautet: „Praxis Network State“.

Der Staat dieser Ideologen ist nicht mehr definiert durch eine geografische Position. Die Bürger des Praxis Network State (PNS) sind über das Internet miteinander verbunden. Sie sind keinem herkömmlichen Territorialstaat mehr verpflichtet.

Das liest sich im Neusprech der Praxis-Macher wie folgt:

*„In dieser Welt ist der primäre Streitpunkt nicht das Land, sondern der Geist. Alles entspringt dem Geist – dem Geist der Massen und dem Geist derer, die strategische Ressourcen kontrollieren. Wir befinden uns heute an einem Wendepunkt, an dem Macht zunehmend durch die Fähigkeit bestimmt wird, die Gedanken global verstreuter Gemeinschaften zu gewinnen. Traditionelle Nationalstaaten, die auf physischem Territorium und zentralistischer Herrschaft beruhen, entsprechen nicht mehr der Art und Weise, wie Menschen ihre Identität formen und ihr Leben organisieren.“ (10) *

Dennoch möchte der Praxis Netzwerk-Staat auch eine territoriale Heimstatt erwerben. Dort können die Techno-Freaks dann ohne Regularien tun und lassen, was sie schon immer wollten. Zum Beispiel ein bisschen mit Geo-Engineering spielen, wie die Technologie-Zeitschrift *The Crunch* feststellt: „Brown möchte, dass die geplante grönländische Stadt ein Zentrum für technologische Experimente wird und dabei insbesondere auf die Gemeinschaft junger, männlicher Gründer aus dem Bereich der Schwerttechnologie in El Segundo zurückgreift. Er stelle sich beispielsweise eine Stadt vor, die mithilfe der Rainmaker-Technologie, einem Start-up für Wolkenimpfung, Regen auf Knopfdruck erzeugen kann, oder eine Gemeinschaft, die mit Nukleartechnologie von Valar Atomics betrieben wird.“ (11)

Autoren wie Christian Stöcker sehen die vernetzten Stadtgründer in der Tradition des Futurismus des frühen Neunzehnten Jahrhunderts im Stil von Marinetti (12). Der Futurismus bekannte sich ausdrücklich zum Faschismus. Wissenschaftler haben die Selbstzeugnisse der Praxis-Szene untersucht und stellen fest:

„Die PNS verkörpert eine derart autoritäre Politik, die auf einer dezidiert rassistischen Ideologie beruht. Es überrascht daher nicht, dass sich weiße Rassisten aus Südafrika im Zentrum der PNS befinden. Peter Thiel und Elon Musk, deren Eltern aufgrund der Apartheid nach Südafrika zogen, vertreten beide explizit technofaschistische, rassistische, antihumanistische und eugenische Überzeugungen.“ (13)

Das erscheint zunächst etwas überzogen. Doch die Manifeste der Praxis-Gruppe sind im Internet nachlesbar. Die Herren – Damen sind nicht dabei – machen aus ihrem Herzen keine Mördergrube. Sie sehen sich als kriegerische Avantgarde einer neuen Weltordnung. Eines neuen Menschen. In ihrer „Erklärung des Aufstiegs“ heißt es:

„Wir steigen zur Transzendenz auf und streben danach, uns mit den ewigen Prinzipien wieder zu vereinen, die unsere höchsten Zivilisationen prägten. Wie einst die Kriegerkönige den heiligen Gral suchten, so werden auch wir ein Reich errichten, in dem wahre Macht aus heldenhaftem Mut und der Übereinstimmung mit der göttlichen Ordnung entspringt. Durch dieses heilige Streben werden wir die Grundlagen wiederherstellen, die die Menschheit über das bloße Dasein hinaus zu immer größeren Höhen der Größe und des Ruhms erhoben haben.“ (14)

Erinnern wir uns: Das ist der geistige Zustand jener Leute, die durch Donald Trump den Freifahrtschein erhalten dürfen, in Grönland zu regieren. Schon öfter ist der Einwand zu hören: Es ist doch so kalt und unwirtlich in Grönland. Wie soll man denn da eine Stadt

gründen und Leute anlocken? Eine Begründung wurde schon ventiliert. Dass sowohl das Schöpfen von Krypto-Geld als auch die Fütterung der Künstlichen Intelligenz extrem viel Strom benötigen. In arktischen Gefilden wird die Kühlung heiß laufender Aggregate von Mutter Natur frei Haus geliefert. Obendrein kann man sich der Wasserkraft bedienen.

Aber das allein ist nicht das Motiv der Praxis-Leute. Denn der oben zitierte schwülstige Text der Praxis-Vorkämpfer geht weiter und verweist auf Ambitionen auf das Universum:

*„Wir steigen ins Weltall auf und beanspruchen die Bestimmung der Menschheit unter den Sternen. Wir erklären, dass Praxis die erste Zivilisation sein wird, die sich jenseits der Erde versammelt und das menschliche Bewusstsein und die Gemeinschaft in den Kosmos selbst ausdehnt.“ (15) *

Anscheinend soll mit einer Privatstadt in arktischen Gefilden schon einmal die Besiedlung des Planeten Mars geübt werden. Immerhin hat Elon Musk bereits öfter allen Ernstes über die Besiedlung des kalten Bruderplaneten Mars laut nachgedacht (16).

Mein Vorschlag für die futuristisch angehauchten Multimilliardäre: zieht so bald wie möglich um auf den Mars – und lasst den Rest der Menschheit in Ruhe.



Hermann Ploppa ist Politologe und Publizist. Er hat zahlreiche Artikel über die Eliten der USA veröffentlicht, unter anderem über den einflussreichen Council on Foreign Relations. 2008 veröffentlichte er „Hitlers

Amerikanische Lehrer“, in dem er bislang nicht beachtete Einflüsse US-amerikanischer Stiftungen und Autoren auf den Nationalsozialismus offenlegte. Sein Bestseller „Die Macher hinter den Kulissen – Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern“ sorgt nach wie vor für angeregte öffentliche Diskussionen.